



In einem historischen Urteil hat die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) die Schweiz wegen Untätigkeit im Klimaschutz verurteilt. Diese Entscheidung markiert einen Wendepunkt, doch sie steht nicht allein da. Zahlreiche Staaten wurden bereits wegen ihrer unzureichenden Maßnahmen gegen die Erderwärmung zur Rechenschaft gezogen. Doch was bedeutet das für die globale Bemühung um Klimagerechtigkeit?

Am Dienstag, den 9. April, schrieb die Schweiz unfreiwillig Geschichte. Zum ersten Mal verurteilte die EMRK einen Staat für klimatische Untätigkeit. Auslöser war die Beschwerde von 2.500 älteren Frauen, die den Schweizer Behörden vorwarfen, nicht genug gegen die Folgen des Klimawandels zu unternehmen. Die Schweiz wurde beschuldigt, mehrere grundlegende Rechte, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgelegt sind, verletzt zu haben. Aber die Schweiz ist bei Weitem nicht der einzige Staat, der in Sachen Klimaschutz ins Kreuzfeuer gerät.

Bulgarien etwa, das erste EU-Land, das wegen seiner Luftqualität von der EU verurteilt wurde, verletzte zwischen 2007 und 2013 „systematisch und anhaltend“ die Grenzwerte für Feinstaub. Es folgten weitere Verurteilungen gegen Polen, Italien, Deutschland und – ja, auch Frankreich.

Frankreich selbst hat mehrfach Verwarnungen erhalten, zuletzt von der CJUE, die feststellte, dass Frankreich „systematisch und anhaltend“ Feinstaub-Grenzwerte überschritten hat. Doch nicht nur auf EU-Ebene, auch im eigenen Land steht Frankreich unter Druck. Nach Klagen von Umweltverbänden wurde der Staat zu dringenden Maßnahmen aufgefordert, um die Luftverschmutzung zu reduzieren. In der berühmten „Affaire du siècle“ wurde Frankreich sogar für sein Versäumnis verurteilt, die Treibhausgasemissionen zwischen 2015 und 2018 zu senken.

Die Niederlande und Belgien sind weitere Beispiele für Staaten, die von ihren eigenen Bürgern für klimatische Untätigkeit zur Rechenschaft gezogen wurden. In den Niederlanden musste der Staat seine Treibhausgasemissionen bis Ende 2020 um mindestens 25% reduzieren – ein bahnbrechendes Urteil, das von der Obersten Gerichtshof des Landes bestätigt wurde. Belgien wurde kürzlich von einem Gericht dazu verpflichtet, seine Emissionen bis 2030 um mindestens 55% zu reduzieren.

Nicht nur in Europa, auch in den USA gab es einen bedeutenden Sieg für die Klimagerechtigkeit. In Montana erreichten junge Kläger, dass eine gesetzliche Regelung, die der fossilen Brennstoffindustrie zugutekam, für verfassungswidrig erklärt wurde.

Diese Fälle zeigen eine klare Botschaft: Die Weltgemeinschaft beginnt, die dringende



Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen anzuerkennen und fordert von den Regierungen, ihrer Verantwortung nachzukommen. Doch reichen Gerichtsurteile allein aus, um den Klimawandel aufzuhalten? Ist es nicht an der Zeit, dass wir alle – Regierungen, Unternehmen und Einzelpersonen – unsere Anstrengungen verdoppeln, um unseren Planeten für zukünftige Generationen zu bewahren?

Tatsächlich stehen wir an einem kritischen Punkt in der Geschichte. Während diese Urteile ein starkes Signal setzen, ist der wahre Kampf gegen den Klimawandel ein Marathon, kein Sprint. Es bedarf umfassender, global koordinierter Anstrengungen, um die verheerenden Auswirkungen der globalen Erwärmung abzumildern. Wie sehen Sie das – sind wir bereit für diesen Marathon?